

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 171 (2005)

Heft: 5

Rubrik: Bericht aus der Bundeshaus

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bericht aus dem Bundeshaus

Rüstungsprogramm 2004 – parlamentarisches Ping Pong

Am Donnerstag, 17. März 2005, morgens, ist das Rüstungsprogramm 2004 (RP 04) **bachab** geschickt worden. Es scheiterte am Widerstand des Nationalrates gegen die beiden Transportflugzeuge. Die **Einigungskonferenz** hatte sich am frühen Morgen mit 14 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung für die Ständeratsversion mit den beiden Transportflugzeugen ausgesprochen.

Es ist das **erste Mal** seit der Gründung als Bundesstaat, dass in der Schweiz ein Rüstungsprogramm nicht genehmigt worden ist.

Ausgangslage

Der Bundesrat hat am 26. Mai 2004 das RP 04 zuhanden der eidgenössischen Räte verabschiedet. Das RP 04 hat **Verpflichtungskredite** von total **647 Mio. Franken** enthalten. Damit sollte folgendes **Material** beschafft werden:

- Integration Data Link in Flora-ko (268 Mio. Franken)
- Betriebsstoff-Betankungs-Container (11 Mio. Franken)
- Ballistischer Helm (35 Mio. Franken)
- Genie- und Minenräumpanzer (129 Mio. Franken)
- Transportflugzeuge (109 Mio. Franken)
- Simulationsunterstützung für Gefechtsübungen (SIMUG; 95 Mio. Franken)

Politische Beratungen

Das RP 04 wurde in der Zeit von September 2004 bis März 2005 von den beiden Sicherheitspolitischen Kommissionen sowie von Nationalrat und Ständerat beraten. Da beide Kammern die Differenz (Beschaffung von zwei Transportflugzeugen) nicht ausräumen konnten, musste in der Frühjahrssession 2005 eine **Einigungskonferenz** einberufen werden. Der Genie- und Minenräumpanzer war schon in der Anfangsphase der politischen Beratungen chancenlos gewesen.

Einsetzung und Aufgabe der Einigungskonferenz

Bestehen nach **drei Detailberatungen** in jedem Rat Differenzen, wird eine Einigungskonferenz eingesetzt. Die Einigungskonferenz hat im Rahmen der verbleibenden Differenzen eine **Verständigungslösung** zu suchen. Sie hat die Aufgabe, einen **Einigungsantrag** zu stellen, der alle verbliebenen Differenzen gesamthaft bereinigt. Auf Fragen, über welche es

eine Einigung gibt, kann sie nicht zurückkommen. Dies ist nur dann möglich, wenn sie damit materielle Lücken, Unklarheiten oder Widersprüche beseitigen will.

Die Einigungskonferenz zur Diskussion der Beschaffung von zwei Transportflugzeugen und Antragsstellung fand am 17. März 2005 statt.

Zusammensetzung und Vorsitz

Die Einigungskonferenz setzt sich zusammen aus 13 Mitgliedern der ständeräätlichen Kommission und 13 Mitgliedern der nationalräätlichen Kommission. Die Zusammensetzung der nationalräätlichen Kommission richtet sich nach der Stärke der Fraktionen im Rat. Verteilschlüssel: SVP: 4, SP: 3, FDP: 3, CVP: 2, Grüne: 1. Falls die Berichterstatterinnen oder die Berichterstatter nicht Mitglieder der Einigungskonferenz sind, müssen neue bestimmt werden.

Den **Vorsitz** führt die Kommissionspräsidentin oder der Kommissionspräsident des Prioritätsrates (im vorliegenden Fall des Ständerates).

Die Einigungskonferenz setzt sich wie folgt zusammen:

Mitglieder des Ständerates

Theo Maissen (CVP/GR; Vorsitz), Hans Altherr (FDP/A.-Rh.), Madeleine Amgwerd (CVP/JU), Michel Béguelin (SP/VD), Peter Bieri (CVP/ZG), Hermann Bürgi (SVP/TG), Pierre-Alain Gentil (SP/JU), Hans Hess (FDP/OW), Alex Kuprecht (SVP/SZ), Christiane Langenberger (FDP/VD), Helen Leumann-Würsch (FDP/LU), Maximilian Reimann (SVP/AG) und Urs Schwaller (CVP/FR).

Mitglieder des Nationalrates

Roland Borer (SVP/SO), Jakob Büchler (CVP/SG), André Bugnon (SVP/VD), Didier Burkhalter (FDP/NE), Edi Engelberger (FDP/NW), Valérie Garbani (SP/NE), Paul Günter (SP/GL), Josef Lang (GP/ZG), Arthur Loepfe (CVP/I.-Rh.), Werner Marti (SP/GL), Christian Miesch (SVP/BL), Fritz Abraham Oehrl (SVP/BE) und Kurt Wasserfallen (FDP/BE).

Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Mehrheit der Mitglieder jeder der beiden Kommissionen muss anwesend sein (je 7 Mitglieder). Die Beschlussfähigkeit muss **ausdrücklich** festgestellt werden.

Chronologie der Behandlung des RP 04

Vorparlamentarische Phase

26.5.04	Verabschiedung durch den Bundesrat
---------	------------------------------------

Ordentliche parlamentarische Phase

2.9.04	<p>Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-S) stimmt dem RP 04 mit 8 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu, will jedoch auf die Beschaffung von Genie- und Minenräumpanzern (129 Mio. Franken) vorerst verzichten. Gleichzeitig reicht die SiK-S unter dem Titel «Armee XXI. Umfang der Mittelausstattung der Aufwuchsgerne Verteidigung» eine Kommissionsmotion ein. Damit wird der Bunderat beauftragt, den SiK beider Räte rasch einen Bericht zu unterbreiten, der es ermöglicht, im Rahmen des Armeeleitbildes eine Grundsatzdiskussion zu führen über die Gewichtung der Armeeaufträge und daraus abgeleitet über den notwendigen Umfang der Mittelausstattung der Aufwuchsgerne Verteidigung. Die Frage der Beschaffung von Genie- und Minenräumpanzern, gegen deren Beschaffung sich die SiK-S ausgesprochen hat, soll in diesem Zusammenhang diskutiert werden.</p>
5.10.04	<p>Der Ständerat folgt dem Antrag seiner Kommission (Verzicht auf die Beschaffung von Genie- und Minenräumpanzern) und stimmt mit 41 Stimmen einem RP 04 von 518 Mio. Franken zu. Zudem beschliesst der Ständerat, die Kommissionsmotion anzunehmen.</p>
2.11.04	<p>Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (SiK-N) stimmt der Variante des Ständerates (RP 04 von 518 Mio. Franken) mit 17 zu 3 Stimmen bei 5 Enthaltungen zu.</p>
2./16.12.04	<p>Der Nationalrat beschliesst mit 119 zu 54 Stimmen bei 13 Enthaltungen, sowohl auf die Beschaffung von Genie- und Minenräumpanzern als auch auf die Beschaffung der beiden Transportflugzeuge zu verzichten (RP 04 von 409 Mio. Franken). Damit wird eine Differenz (Transportflugzeuge) zum Ständerat geschaffen, die zu bereinigen ist. Zusätzlich lehnt die grosse Kammer die Motion der SiK-S zu «Armee XXI. Umfang der Mittelausstattung der Aufwuchsgerne Verteidigung» ab. Damit ist der Vorstoß vom Tisch.</p>

Phase der Differenzbereinigung

28.1.05	<p>Die SiK-S hält mit 9 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung an ihrem positiven Entscheid zu den Transportflugzeugen fest.</p>
28.2.05	<p>Auch der Ständerat bestätigt mit 37 zu 3 Stimmen seinen Entscheid vom 5. Oktober 2005.</p>
03.3.05	<p>Die SiK-N unterstützt den Beschluss des Ständerates mit 14 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung.</p>
7./8.3.05	<p>Entgegen dem Antrag seiner Kommission lehnt der Nationalrat die Beschaffung der beiden Transportflugzeuge mit 91 zu 79 Stimmen bei 5 Enthaltungen zum zweiten Mal ab.</p>
09.3.05	<p>Die SiK-S hält mit 9 zu 2 Stimmen an der Differenz fest.</p>
10.3.05	<p>Der Ständerat weicht von seiner Linie nicht ab.</p>
14.3.05	<p>Wiederum stützt die SiK-N mit 13 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung den Entscheid des Ständerates. Der Nationalrat lehnt mit 99 zu 81 Stimmen bei 5 Enthaltungen die Transportflugzeuge zum dritten Mal ab.</p>

17.3.05	<p>Die Einigungskonferenz empfiehlt den beiden Kammern mit 14 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung, der Version des Ständerates zu folgen und der Flugzeugbeschaffung zuzustimmen.</p> <p>Der Ständerat stimmt dem Einigungsantrag einstimmig zu.</p> <p>Hingegen lehnt der Nationalrat die Empfehlung der Einigungskonferenz mit 97 zu 82 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab. Damit wird das ganze RP 04 zurückgewiesen.</p>
---------	---

Beschlussfassung

Ein **Einigungsantrag** muss mit der Mehrheit der stimmenden Mitglieder der Konferenz angenommen werden. Es handelt sich um das **einfache Mehr** der Stimmenden. Der **Präsident** hat das gleiche Stimmrecht wie die übrigen Mitglieder. Bei Stimmengleichheit hat er den **Stichentscheid** zu geben.

Die Einigungskonferenz empfahl mit 14 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung den beiden Kammern, der Beschaffung von zwei Transportflugzeugen **zuzustimmen**.

Behandlung im Plenum

Der Einigungsantrag wird zuerst im Prioritätsrat diskutiert und geht, nachdem dieser Rat Beschluss gefasst hat, an den anderen Rat. Die Behandlung im Rat ist auf den Einigungsantrag beschränkt. Es gibt **keine** Anträge von Minderheiten oder Einzelanträge.

Mögliche Beschlüsse des Plenums

- Annahme des Einigungsantrages in beiden Räten;
- Ablehnung.

Wird der Einigungsantrag in einem oder in beiden Räten verworfen, so gilt die **ganze Vorlage als nicht zustande gekommen** und wird von der Geschäftsliste gestrichen.

Nach kurzer Debatte hat der **Ständerat** am 17. März 2005 einstimmig beschlossen, die beiden Transportflugzeuge zur Beschaffung **freizugeben**. Hingegen hat der **Nationalrat** die Empfehlung der Einigungskonferenz mit 97 zu 82 Stimmen bei 6 Enthaltungen **abgelehnt**. Damit wurde nicht nur die Beschaffung der beiden Transportflugzeuge verhindert, sondern auch das ganze RP 04 **zurückgewiesen**. Daran vermochten auch die Plädoyer der Nationalräte Fulvio Pelli (FDP/TI) und Arthur Loepfe (CVP/L-Rh.) sowie von Bundespräsident Samuel Schmid nichts zu ändern. Die Argumente der Gegner aus dem Lager der SVP, der SP und der Grünen überwogen.

die **Weiterentwicklung** ihrer Sicherheitspolitik und die **Moderisierung** der Armee gewinnen. Aus aussenpolitischer Sicht stellen die Schweizer Beiträge im Rahmen der Partnerschaft einen wichtigen Beitrag zur **Stärkung** der bilateralen Beziehungen zu ausgewählten Staaten dar.

Die Beteiligung an der Partnerschaft hatte 2004 **Kosten** im Gesamtbetrag von 3992023 Franken zur Folge, von denen 3541730 auf das VBS und 450294 Franken auf das EDA entfielen.

Angebote der Schweiz

Unser Land **unterstützt** die Ausrichtung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit auf **aktuelle** Bedrohungen. Sie hat 2004 ihren Partnern mehrere Veranstaltungen im Bereich der **neuen Bedrohungen** angeboten. Daneben legte die Schweiz das Schwergewicht ihrer Teilnahme weiterhin auf die **Förderung** der Zusammenarbeitsfähigkeit in friedensunterstützenden Einsätzen und in der **Unterstützung** humanitärer Hilfeleistungen sowie auf Beiträge zur Förderung regionaler Sicherheit und Stabilität.

Aus der Fülle von Ausbildungangeboten und Unterstützungsprogrammen nachfolgend eine **unvollständige** Zusammenfassung der Tätigkeiten der **drei Genfer Zentren**.

■ Das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP)

Das Kursangebot des GCSP umfasste den neunmonatigen internationalen Ausbildungskurs in Sicherheitspolitik, den dreimonatigen Ausbildungskurs in europäischer Sicherheitspolitik und den zweimonatigen Ausbildungskurs in neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen, die alle auch den Partnerstaaten angeboten werden. Das GCSP erarbeitete in Zusammenarbeit mit dem ISN einen E-Learning-Kurs über die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der u.a. vom NATO Defense College im Unterricht verwendet wird. Er beherbergte außerdem einen Workshop zu «Curriculum Development on Combating Trafficking in Human Beings».

■ Das Internationale Zentrum für Humanitäre Minenräumung in Genf (GICHD)

Die Schweiz steht vor denselben sicherheitspolitischen Herausforderungen wie ihre Partner und befindet sich wie alle europäischen Staaten in einem sicherheitspolitischen **Reformprozess**. Durch den **Dialog** mit ihren Partnern kann die Schweiz Erkenntnisse für

Ottawa-Konvention. Es führte zahlreiche Ausbildungskurse durch, einzelne davon auch im Rahmen der Partnerschaft. Der erneut im PfP-Rahmen durchgeführte Kurs «Introduction to Mine Action» stieß auf besonders grosse Nachfrage.

■ Das Genfer Zentrum für die Demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF)

Das DCAF arbeitete in der Ukraine in Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium, dem nationalen Sicherheitsrat, dem Parlament und anderen Institutionen an einem Zielpunkt für die Reform des nationalen Sicherheitssektors. Das DCAF-Handbuch über die parlamentarische Kontrolle des Sicherheitssektors wurde bislang in 22 Sprachen übersetzt; weitere Übersetzungen sind geplant. Das Handbuch ist ein Basisdokument für alle Staaten, die von der NATO und anderen Partnerstaaten im Aufbau ihrer Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen unterstützt werden. Jede neue Ausgabe wird mit einem Seminar verbunden, an dem das Buch Parlamentarien, Sicherheitsexperten, Medienleuten und Nicht-Regierungsorganisationen vorgestellt wird. In Georgien, Russland und der Ukraine wurden in Zusammenarbeit mit den jeweiligen parlamentarischen Verteidigungskomitees Gesetzesammlungen über den Sicherheitssektor initiiert, kommentiert und veröffentlicht. Auf Einladung der NATO wirkt DCAF im internationalen «Border Guards Assessment Team» zu Gunsten der Ukraine mit und übernahm dessen Leitung. DCAF organisierte zudem im Auftrag des VBS und des EDA das «International Security Forum» (ISF), eine sicherheitspolitische Konferenz, die alle zwei Jahre in der Schweiz stattfindet.

■ Das DCAF und das GCSP waren – ebenfalls als Beitrag der Schweiz an die Partnerschaft – weiterhin im «PfP Consortium of Defense Academies and Security Studies Institutes» engagiert. Das PfP Consortium vereinigt sicherheitspolitische Ausbildungs- und Forschungsstätten aus dem euro-atlantischen Raum, mit dem Ziel, die sicherheitspolitische Zusammenarbeit in der Forschung und Lehre zu intensivieren. Das DCAF leitet im Rahmen des Consortiums den Themenbereich Sicherheitssektorreform («Working Group on Security Sector Reform»), das GCSP den Bereich Lerninhaltentwicklung («Working Group on Curriculum Development»). ■